

Dezember. (Deutsch-Südwestafrika.) Hottentottenbanden überfallen am 18., 19. und 20. deutsche Posten und Farmer; vier Farmer und drei Reiter fallen.

XXVI. A s i e n.

Anfang Januar. (Niederländisch-Indien.) Auf Flores werden Insurgenten bei Ober-Endeh unter starken Verlusten niedergeworfen.

Anfang Januar. China schließt mit europäischen Banken ein Abkommen über den Bau einer Eisenbahn von Tientsin über Tsinanfu nach dem Yangtse.

21. Januar. (Japan.) Ein gegen das Ministerium eingebrachtes Misstrauensvotum wird im Abgeordnetenhaus mit 177 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

Ende Januar. (Japan.) Auswanderung nach Kanada.

Im japanischen Abgeordnetenhaus macht Graf Hayashi, der Minister des Aeußern, die Mitteilung, daß die Frage der japanischen Auswanderung nach Kanada endgültig geregelt sei. Japan habe einer Beschränkung der Auswanderung in angemessenen Grenzen zugestimmt, die schriftlich festgelegt werden würden. Vertragliche Rechte seien indessen von Japan nicht zugestanden worden, dessen Prästige keine Vinderung erfahren habe. Auch mit den Vereinigten Staaten seien Verhandlungen im Gange und ein befriedigender Abschluß in Aussicht. Es sei Pflicht der Regierung, die im Auslande wohnenden Japaner durch Verhinderung einer weiteren Auswanderung zu schützen. Es würden zu diesem Zwecke außerordentlich strenge Maßregeln getroffen werden.

28. Februar. (Persien.) Auf den Schah wird bei einer Ausfahrt in Teheran ein Attentat unternommen; er bleibt unverletzt.

Februar. März. Zwischenfall zwischen China und Japan.

China belegt bei Maxas einen japanischen Dampfer mit Beschlagnahme, weil er Waffen in China einschmuggeln wolle (s. Febr.). Japan verlangt Freigabe, Entschädigung und Entschuldigang. Mitte März wird ein Vertrag geschlossen, wodurch China die Beschlagnahme Japans annimmt, an Japan 21 400 Yen zu bezahlen und die Waffen zurückzubehalten, welche die Ladung des Dampfers Taisu Maru bildeten, bezüglich 10000 Taels Siegelgeld. Japan willigt ein, scharfe Bestimmungen zu erlassen und in Kraft zu setzen, welche dem Waffen- und Munitionshandel von Japan nach China vorzubeugen sollen.